

DIE LINKE. Herne/Wanne-Eickel, Hauptstr. 181, 44652 Herne

An Herrn Oberbürgermeister
Dr. Frank Dudda
Postfach 101820
44621 Herne

Fraktion

Hauptstraße 181
44652 Herne

Telefon 02325 / 65 40 51
Telefax 02325 / 65 40 50

fraktion@die-linke-herne.de
www.die-linke-herne.de

Herne, den 13. Februar 2017

Sehr geehrter Herr Dudda,

DIE LINKE. Fraktion Herne/Wanne-Eickel bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung des Rates der Stadt Herne zu nehmen.

Beschlussvorschlag:

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst kesiten an vielen stellen ein wichtige und wertvolle Arbeit für die Gemeinschaft. Wir bedanken uns für ihr Engagement, ihre Einsatzbereitschaft und die Fähigkeit, auch in schwierigen Situationen ihre Arbeit gut zu machen.

Diese Arbeit muss besser gewürdigt werden. Dazu sind auch eine gute Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen erforderlich. Deshalb begrüßen wir die aktuellen Tarifverhandlungen für eine bessere Bezahlung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Öffentlichen Dienst der Länder und die Forderung nach einem Ende der sachgrundlosen Befristungen.

Nordrhein-Westfalen und die Stadt Herne brauchen im Öffentlichen Dienst mehr qualifizierte Kräfte. Wir erwarten von den aktuellen Tarifaueinandersetzungen, dass der Öffentliche Dienst als Beschäftigungsmöglichkeit wieder attraktiver wird.

Der Rat der Stadt Herne fordert die Tarifgemeinschaft deutscher Länder auf, im Interesse einer guten Personalausstattung den Öffentlichen Dienst aufzuwerten und die Arbeitsbedingungen entscheidend zu verbessern.

Begründung:

Die Entwicklung der Gehälter im öffentlichen Dienst blieb im letzten Jahrzehnt hinter der Entwicklung der Gehälter in der Privatwirtschaft zurück. Es besteht dringender Nachholbedarf. Seit Jahren stattfindender Personalabbau, permanent steigende Anforderungen, keine akzeptable Personalbemessung und Personalentwicklung machen den öffentlichen Dienst nicht gerade attraktiver, und schlechte Bezahlung macht es zunehmend schwerer, qualifiziertes Personal und Nachwuchskräfte zu finden.

In der aktuellen Situation zeigt sich sehr deutlich, wohin der Sparwahnsinn der Politik der letzten Jahre den öffentlichen Dienst gebracht hat: Es fehlt überall an Personal, Überstunden sind an der Tagesordnung, die Kolleginnen und Kollegen arbeiten weit über ihre Grenzen hinaus. Dies führt nicht nur zu unerträglichen Belastungen, sondern auch dazu, dass die Beschäftigten im öffentlichen Dienst immer mehr Aufgaben mit zusätzlichen Anforderungen erledigen müssen.

Permanenter Personalabbau, gerade bei Fachkräften einhergehend mit der Weigerung, die Auszubildenden unbefristet zu übernehmen, hinterlässt deutliche Spuren. Die physischen und psychischen Belastungen, die Übertragung weiterer Tätigkeiten bringt den Kolleginnen und und Kollegen meistens nicht mehr Geld. Sie verdienen mehr Respekt, der auch mit einer deutlichen Verbesserung der Einkommen zum Ausdruck gebracht werden muss.

Mit solidarischem Gruß

Andreas Ixert